

Buchtipps

Gute Arbeit

(hla) Die Gewerkschaften haben es geschafft, dass gute Arbeit wieder ein Thema in Politik und Betrieben ist. Die DGB-Kampagne Gute Arbeit hat dazu ebenso beigetragen wie das ver.di-Projekt. Jetzt hat ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder das „Jahrbuch Gute Arbeit“ mit herausgegeben. Darin sind zahlreiche Aufsätze zusammengestellt, die sich dem Thema aus verschiedenen Perspektiven nähern. Es geht um politische Dimensionen ebenso wie um volkswirtschaftliche. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Klaus Brandner (SPD), rechnet vor, warum Arbeitsplätze altersgerecht und gesundheitsschonend sein müssen. Mehrere Aufsätze beschreiben die Problemlagen einzelner Branchen wie Banken oder Leiharbeit. „Gute Arbeit ist untrennbar verbunden mit Respekt, Anerkennung, Wertschätzung und dem Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung“, schreibt ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske in seinem Vorwort. Dazu leistet das Buch einen wichtigen Beitrag. Die Herausgeber haben eine interessante Mischung von Themen und Autoren versammelt.

Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Herausgeber): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften. Ausgabe 2009, Bund-Verlag, Frankfurt/Main, 373 Seiten, 39,90 Euro, ISBN 978-3766338839

Schneller als eine Schnecke

Die Angleichung der Ost-Renten war Thema eines Workshops

(hla) Vor mehr als 18 Jahren wurde die deutsche Einheit vollzogen. Vollendet ist sie immer noch nicht. Insbesondere bei den Rentner/innen klafft noch eine Lücke zwischen Ost und West. Sie ist genau bezifferbar: mit 3,22 Euro pro Entgeltpunkt. „Bei den Betroffenen sorgt dieses Thema für wachsende Unruhe“, sagt Judith Kerschbaumer, die beim ver.di-Bundesvorstand den Bereich Sozialpolitik leitet. Diese Unruhe zeigte sich auch bei einem Workshop zum Thema, der Mitte Dezember in der Berliner ver.di-Zentrale stattfand. Mehr als 300 Teilnehmende diskutierten eifrig die verschiedenen Referate.

Bei der Wiedervereinigung ist man noch davon ausgegangen, dass sich die Löhne und Gehälter im Osten schnell an die im Westen Deutschlands angleichen würden. Bleibt es dabei und gibt es keine politische Lösung für eine schnellere Angleichung, befürchtet Kerschbaumer, dass es mit angeglichenen Renten noch 30 Jahre dauert: „Eine Schnecke bewegt sich schneller.“

Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering

(SPD), machte sich ebenfalls für eine Angleichung stark. Allerdings kam er mit seinem Werben für pragmatische Lösungen nicht so gut bei den Workshop-Gästen an. Vielen von ihnen dauert das zu lange. „Die Politik setzt auf eine biologische Lösung“, kritisierte Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, einer der Mitveranstalter.

ver.di hat bereits vor zwei Jahren ein Angleichungsmodell entwickelt. Danach würde der Unterschied zwischen

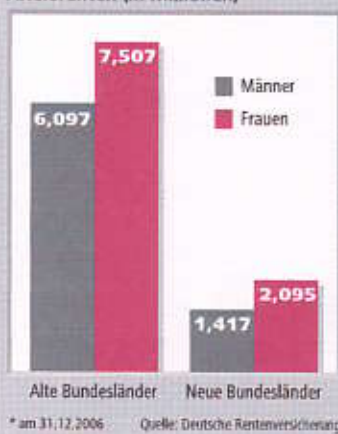
den beiden Werten für die Entgeltpunkte innerhalb von zehn Jahren in kleinen Schritten ausgeglichen. Das soll steuerfinanziert geschehen, weil es sich um Folgekosten der deutschen Einheit handelt. Rund sechs Milliarden Euro soll es kosten. Die Höherbewertung der niedrigeren Löhne im Osten würde erhalten bleiben.

Vor diesen „erheblichen Kosten“ warnte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Franz Thönnies (SPD), bei dem Workshop. „Ein hochsensibles Thema“, nannte er es und sagte zugleich: „Wenn die Angleichung erfolgt, muss man dieselbe Rede in Cottbus und Aachen halten können.“ Damit meinte er, dass eine Lösung den Bedürfnissen aller gerecht werden müsse. Doch wie sie aussehen könnte, verriet Thönnies nicht.

Mehr Informationen zum ver.di-Modell, das von den Gewerkschaften GEW, GdP und Transnet sowie dem Sozialverband Deutschland, der Volkssolidarität und dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen unterstützt wird, und dem gemeinsamen Workshop finden sich unter <http://sozialpolitik.verdi.de>.

RENTENBESTAND*

Altersrenten (in Millionen)



MEDIEN

Klarer Qualitätseinbruch – Für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen

(HdB). Die redaktionelle Qualität in deutschen Medien und Rahmenbedingungen zu deren Weiter- bzw. Wiederentwicklung standen im Mittelpunkt des 22. Journalistentages am 29. November 2008 in der Berliner ver.di-Zentrale. Von der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) mit Referenten aus Wissenschaft und Praxis veranstaltet, erörterten über 100 ver.dianer aus dem Medienbereich zugleich gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten.

Einen klaren Qualitätseinbruch in Folge der Einführung des dualen Rundfunksystems vor 25 Jahren sah Florian Schwinn, Vertreter der so genannten Freiberuflichen Mitarbeiter im Hessischen Rundfunk (hr). Mit dem Zuwachs an neuen Sendern und Kanälen sei der aufklärende Journalismus gegenüber der Unterhaltung zuneh-

mend ins Hintertreffen geraten, der Bereich der gedruckten Medien habe mitgezogen.

Notwendige Zeit kaum bezahlt

Heute dominierte vielerorts Infotainment vor Information, Layout vor Inhalt. In den Medien sei die Zahl der fest angestellten Beschäftigten stetig gesunken, die der „Freien“ als tendenziell immer schlechter bezahlte „Zeitarbeiter der Medienbranche“ habe enorm zugenommen. So gestalteten beim Hessischen Rundfunk mittlerweile rund 1000 Freie das Programm, aber nur noch 200 Feste. Dabei hätten Freie immer seltener die Freiheit zu Qualitätsarbeit, die dafür notwendige Zeit werde kaum mehr bezahlt.

Medien hätten eine wichtige Wächterfunktion als Stützpfeiler der Demokratie und seien deswegen mit

anderen Industriebranchen nicht vergleichbar, postulierte Wolfgang Mayer, Redakteur der „Nürnberger Nachrichten“ und dju-Vertreter im Deutschen Presserat.

Entgegen anders lautenden Einflüsterungen erwirtschafteten Medienunternehmen in Deutschland insgesamt nach wie vor Gewinne, strich dju-Bundesvorsitzender Malte Hinz heraus. Auch vor diesem Hintergrund sei es Aufgabe von ver.di wie aller DGB-Gewerkschaften, die Diskussion über journalistische Qualität öffentlich und mit den Verlegern zu führen. Es gelte, für bessere journalistische Rahmenbedingungen mit mehr und gut ausgebildeten Redakteuren, voller tariflicher Einbeziehung der Online-Journalisten und kontinuierlicher Fortbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kämpfen.